

## **Haben und Brauchen Veranstaltung im General Public am Samstag, 11.08.2012**

Protokoll von Katharina aufgrund eigener, sowie Utes und Reginas Aufzeichnungen

Im ersten Teil des Abends berichteten Vertreter von:

1. Netzwerk freier Berliner Projekträume und –initiativen
2. Rat für die Künste / Stadt Neudenken
3. Hauptstadtkulturfond
4. Koalition der Freien Szene
5. Berufsverband Bildender Künstler / BBK Berlin
6. Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste / IGBK

### **Jan Ketz (Raum für Zweckfreiheit) – Netzwerk freier Berliner Projekträume und -initiativen**

- Seit 2009 ist das Netzwerk aktiv
- 2009/10 kulturpolitisches Positionspapier über Projekträume/Initiativen
- Stichpunkte: interdisziplinär, nicht marktorientiert, diskursiv, experimentell,
- basisdemokratisch, selbstorganisiert
- Forderungen:
- Fördermodell mit 2 Säulen:
  - Basis-/Infrastrukturförderung (Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum, Förderung der gesamten Betriebskosten);
  - Entwicklungsförderung (unbürokratische Vergabe kleinerer Summen)
- Entwicklung:
- 2011-12: Gespräche mit Senatskulturverwaltung (9 Treffen gemeinsam mit Fr. Dr. Wagner, Frau Zieseke, Frau Fritsch) und der Politik mit dem Ergebnis: Fördermodell in Form einer Preisvergabe als erste Anerkennung der Leistungen der Projekträume: 7 Preise á 30.000 Euro (Gesamtsumme: je 210.000 Euro für 2012 und 2013). Die Preisvergabe hat den Vorteil, dass der Preis sich auf bereits geleistete Arbeit bezieht und dass kleinteilige Abrechnungsverfahren entfallen. Das Netzwerk hat Vorschläge für die Besetzung der Jury gemacht; die Entscheidung über die Juryzusammensetzung liegt aber letztendlich bei der Kulturverwaltung; Das Netzwerk hat sich für ein partizipatives Juryverfahren eingesetzt, das unter Vorbehalt der personellen Ressourcen im Senat durchgesetzt wird.

### **Matthias Heyden (Stadtneudenken) - Erfahrung aus der Arbeit im Rat für die Künste (RfK)**

- 1993 RfK gegründet aus der Initiative zum Schutz gegen die Kürzungen im Bereich der Bildenden Kunst durch den Senat von Berlin
- RfK ist Impulsgeber für den HKF, hat 20 Mitglieder (z.B. Institutionsvertreter, Koalition Freie Szene, HuB, Stadtneudenken, Radialsystem etc.: z.Z. Gabi Horn, Ellen Blumenstein, Jochen Sandig, Leonie Baumann, Matthias Heyden, etc.) und trifft sich 1 mal im Monat. Es werden aktuelle Probleme angesprochen, die aber nicht tiefgreifend erörtert werden können. Entscheidungen werden nach dem Mehrheitsprinzip getroffen, Pressearbeit sollte verbessert werden, solidarische, schnelle Entscheidungen sind möglich.–
- RfK hat die Möglichkeit neben anderen Jurymitglieder für den HKF vorzuschlagen
- Thematische Vorschläge von HuB können über Ellen Blumenstein und M.H. in den RfK hineingegeben werden

### **Joerg Franzbecker (Freier Kurator) – Erfahrungen mit dem Hauptstadtkulturfonds (HKF)**

- HKF 1999 auf Initiative des RfK ins Leben gerufen
- HKF verfügt über Mittel des Bundes. Er vergibt Mittel des Bundes für die Hauptstadt, zur "gesamtstaatlichen Repräsentation" (Red. Anm.: Die eigentliche Aufgabe des HKF ist, unabhängig von der bisherigen Kulturförderung in Berlin, die Finanzierung neuer, zusätzlicher und innovativer Projekte mit überregionaler Ausstrahlung.)
- Gremien:  
Die Geschäftsstelle nimmt die Anträge entgegen, prüft sie formal und gibt sie weiter an die Jury, diese an den Kurator, der auch beratende Funktion für die Antragsteller hat. Der Kurator wird bestimmt vom Gemeinsamen Ausschuss (GA) und sollte Ansprechpartner sein. Die Jury wählt aus den Einreichungen die aus i.S. für die Förderung geeigneten Projekte aus und schlägt diese dem Gemeinsamen Ausschuss

vor. Die Jury wird für zwei Jahre eingesetzt und tagt zweimal jährlich (im Januar 2013 wird eine neue Jury benannt werden).

- Die Förderung Freier Projekte scheint nicht ausreichend.
- Siegfried Langbehn ist Ansprechpartner für Beratungen in der Geschäftsstelle des HKF.
- Der Gemeinsame Ausschuss (GA) hat Vetorecht (Wowereit, B. Neumann, Berggruen-Merkel etc.) Der GA kann die Auswahl der Jury anzweifeln, oder aus finanziellen oder politischen Gründen ablehnen. Der GA kann Projektmittel selbst beschließen. Er vergibt große Summen mit der Begründung „kulturpolitisch bedeutsam“ außerhalb der Jury: z.B. an Sascha Walz, Tanz im August oder an Kulturprojekte Berlin e.V. etc.
- Anteil der Bildenden Kunst ca. ¼ (im Frühjahr werden mehr institutionelle Förderungen entschieden, im Herbst eher Freie Projekte gefördert)

### **Christophe Knoch (Mica Moca Project Berlin) – Sprecher der Freien Szene**

- Die Freie Szene wurde im Frühjahr 2012 als spartenübergreifende Koalition gegründet. Anlass war eine Fehlentscheidung im HKF, (Red.Anm.:) aber vor allem die Tatsache, dass 95% der Kulturmittel in die großen Institutionen fließen und für die Freie Szene nur 5% der Mittel aus dem Kulturhaushalt zur Verfügung stehen.
- Das 10 Punkteprogramm befasst sich (u. a.) mit:
  - Mindesthonorare für die Freie Szene (in Bezug auf Theater/Tanz in Orientierung an den Vorschlägen des LAFT von 2.000 Euro monatlich)
  - Sicherung von Liegenschaften und Räume für die Kultur (u.a. durch den Rückgang bezirklicher Förderung wird die Situation zunehmend problematisch).
  - Vergabe im HKF an die Freie Szene verbessern
    - Vorschlag für die Einrichtung einer Beobachterfunktion in der Jurysitzung des HKF, so dass mehr Transparenz hergestellt werden kann.
    - Gespräche mit dem HKF laufen. Die Schwerpunktförderung sollte institutionelle Förderung aus dem Berliner Kulturretat sein.
  - City-Tax:
    - 70 Prozent der Touristen kommen nach Berlin wegen Kunst und Kultur und schaffen damit den größten Wirtschaftszweig, auch durch die freie Szene; die Produktionsverhältnisse ändern sich hier gravierend; also muss auch eine andere Unterstützung geschaffen werden, so kam die Idee der City-Tax.
      - City-Tax bringt je Übernachtung „Frisches Geld“ in die Stadt
      - Man ist bereits sehr konkrete Schritte gegangen, z.B. Zusammentreffen mit dem Geschäftsführer von visitberlin Herrn Kieker und mit der IHK. Ergebnis war eine erstaunliche Übereinstimmung der Ansichten. Man befürwortet die Einführung der City-Tax und eine Nutzung der Einnahmen von 50% für die Kulturförderung. Auch Finanzsenator Nußbaum strebt die Einführung einer City-Tax an.  
Dazu am 19. September Veranstaltung in den Sophiensälen: Forderung einbringen!

### **Herbert Mondry (Vorsitzender des bbk berlin)**

- Der bbk berlin existiert seit 1950.
- Der bbk berlin stellt die Frage immer wieder: Was brauchen wir?
- Bereits 1976 wurde die Druckwerkstatt geschaffen, 1986 dann die Bildhauerwerkstatt, 1991 kam die Atelierförderung dazu. (Drei Jahre lang mussten temporäre Museumsbesetzungen organisiert werden, um die Mittel für die Atelierförderung durchzusetzen, 1993 wurden diese dann für die Atelierförderung bewilligt.)
- Aktuelle Forderung: Was brauchen wir?
  - Projektgelder (je 7.000 Euro) als strukturelle, statt individueller, Förderung; offen für alle Künstler in Berlin.
  - Wir brauchen die Möglichkeit, für ein bestimmtes Projekt Gelder zu beantragen.
  - Jede/r Künstler/in sollte ein Vorhaben einreichen bzw. einen Antrag stellen können.
  - Es sollen 350 Förderungen pro Jahr sein.
  - 5 Jurys im Jahr mit je 5 Jurymitgliedern, benannt von Künstlern/innen in Berlin, treffen die Auswahl.
  - Das Vergabeverfahren soll einfach strukturiert sein und in Künstler selbstverwaltung durchgeführt werden.
- Es ist in der Senatsverwaltung angesprochen worden. Im Herbst soll verhandelt werden.

- Die vorgeschlagene Fördersumme beläuft sich auf 2,5 Millionen Euro, die schwer aus dem heutigen Kulturhaushalt heraus zu ziehen ist. Voraussetzung also ist die City-Tax, die durch neues, zusätzliches Geld den Kulturhaushalt erhöhen soll.

#### **Thomas Weis** (Geschäftsführer der Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste – IGBK)

- Dachverband, in dem die drei wichtigsten deutschen, überregional tätigen Künstlerorganisationen - der BundesBBK, die Gedok und der Deutsche Künstlerbund - zusammengeschlossen sind.
- Fragen, die sich aus und mit der Künstlermobilität ergeben:
  - Beratung von Künstlern/innen zu internationaler Projektplanung, Versicherung - Steuer-Transportfragen
  - zu Arbeits- und Fördermöglichkeiten im In- und Ausland,
  - vermitteln Kontaktadressen und Ansprechpartner für internationale Austauschprogramme
  - online Handbuch in Vorbereitung „Touring artists“
- Die IGBK wird aus Mitteln der Bundesförderung und Kulturstiftung der Länder finanziert. Sie untersucht die Rahmenbedingungen für die Künstler-Mobilität, die Verbesserung der Bedingungen im europaweiten Austausch, die KSK, die EU-Mehrwertsteuer-Richtlinie (ab 2013 – 19%) und die Geltendmachung von bestehenden Ansprüchen. Unter dem Titel “touring artists” werden ab 2013 auf ihrer Webseite zahlreiche Informationen online gestellt.
- Es hat des öfteren Angriffe durch die EU-Kommissionen zur Aufhebung der KSK, der 7%-Klausel etc. gegeben, die zurückgedrängt werden konnten. EU-Mehrwertsteuerrichtlinie: die Bildende Kunst wird dort nicht aufgeführt – internationale Künstlerverbände haben die Listung verschlafen – die Bundesregierung wird der Erhöhung entsprechen müssen –Kompensationen werden diskutiert.
- Budgetkürzungen sind überall zu registrieren und staatl. Kultursubventionen werden extrem gekürzt: Sicherungssysteme werden in einer Broschüre vorgestellt, zu bestellen bei der IGBK

#### **Diskussion (kleiner Ausschnitt):**

Ch.K.: City Tax ist eine Steuer. Zweckbindung der Steuern ist verboten, also muss die Erhöhung des Kulturhaushalts parallel entschieden werden...

N.K.: Kritik an der Netzwerkförderung – neoliberales Wettbewerbsdenken wurde akzeptiert, System annehmen oder ablehnen – Entscheidung muss getroffen werden – Urteil nur, wenn man sich auch in die Auseinandersetzung begibt

M.H.: Qualität von **HuB** ist eine langfristige Initiative, geht über das Agieren zu einem aktuellen Missstand hinaus, kein monetäres Vorhaben – (Voraussetzung zur Durchsetzung konkreter Ziele) – dagegen **HuB** als Angebot über Bildende Kunst und ihre Produktion zu sprechen, Ursache und Wirkung einzelner Förderinstrumente, Unterstützung von Künstlerverbänden, Plattform zur Weiterqualifizierung von erreichten Zielen

SICHTBARE SOLIDARISIERUNG!: häufige Treffen zu kleineren, gezielten Spezialfragen wie City Tax oder Förderstrukturen , Diskurse forcieren, viel Zeit investieren, dann erst realpolitische Forderungen aufstellen.

Für HuB: 1. Diskursive Reflexion, erst dann: 2. Realpolitische Durchsetzung

Ende: 22:22 Uhr